



**Ein „Stück Menschenwürde“ wieder wegnehmen?  
Bundestag setzt Zeichen gegen Toleranz und Mitmenschlichkeit  
Flüchtlingsrat appelliert an Ministerpräsident Gabriel, Gutscheine abzuschaffen**

Mit Kopfschütteln hat der Niedersächsische Flüchtlingsrat zur Kenntnis genommen, dass sich der Deutsche Bundestag von der Auszeichnung der Hildesheimer Gutscheinumtausch-Initiative im Rahmen des Förderpreises „Demokratie leben“ ein Jahr später nachträglich distanziert. „Das Parlament stellt sich damit selbst ein Armutszeugnis aus“, erklärte Norbert Grehl-Schmitt vom Vorstand des Flüchtlingsrats in einer ersten Reaktion dazu.

Noch vor einem Jahr erklärte der Bundestag in einer Pressemeldung, durch den Umtausch von Gutscheinen in Bargeld werde den Flüchtlingen „ein Stück Menschenwürde“ zurückgegeben. „Öffentlichkeit und politisch Verantwortliche sollen auf diese Weise auf die diskriminierenden und demütigenden Wirkungen des Gutscheinsystems aufmerksam gemacht werden. Langfristiges Ziel ist die Abschaffung des Gutscheinsystems“, so der Deutsche Bundestag am 23.11.1999.

Die Diskriminierung durch Gutscheine hält der Deutsche Bundestag ein Jahr später nicht mehr für kritikwürdig. „Die Mitteilung war ein Missverständnis“, erklärte ein Pressesprecher des Bundestags gegenüber der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung (s. HAZ vom 10.11.2000). Der Bundestag identifiziere sich mit dem Projekt nicht inhaltlich.

Dieser Schwenk dürfte u.a. auf den Druck des niedersächsischen Innenministeriums zurückzuführen sein. Dieses hatte dem Präsidenten des Deutschen Bundestags, Herrn Thierse, in einer Protestnote bereits am 3.12.1999 mitgeteilt: „Die - ausgerechnet vom Deutschen Bundestag für preiswürdig gehaltene - Umtauschaktion unterläuft die Absicht des Bundesgesetzgebers.... Für die Absicht des Deutschen Bundestages, eine Gruppierung für eine solche, dem Ziel des Bundesgesetzgebers zuwiderlaufende Umtauschaktion auszuzeichnen, kann ich kein Verständnis aufbringen.“

Das Einknicken des Bundestages jetzt steht im Widerspruch zur aktuellen öffentlichen Diskussion über Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt. Die breite Beteiligung an der zeitgleich durchgeführten Demonstration gegen Intoleranz und Fremdenhass in Berlin wird von den Parteien offenbar nicht als Handlungsaufforderung verstanden, die vom Bundestag selbst beschlossenen diskriminierenden Gesetze endlich einer kritischen Überprüfung zu unterziehen: Während in Berlin hehre Worte für Zivilcourage und gegen Gewalt geschwungen werden, sind Flüchtlinge in der Praxis durch politisch geschaffene Maßnahmen unverändert massiven Schikanen und alltäglich sichtbaren Ausgrenzungen ausgesetzt, z.B. durch die Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeld. „Wer Flüchtlinge per Leistungsabzug und Sonderzahlungsmitteln zu unerwünschten ‚Missbrauchern‘ stempelt, liefert den gewalttätigen Vollstreckern eines vermeintlichen ‚Volkswillens‘ Munition“, so Norbert-Grehl-Schmitt.

Niedersachsen ist das einzige Bundesland in Norddeutschland, das die Kommunen zu einer Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeld zwingt. Norbert Grehl-Schmitt vom Vorstand des Flüchtlingsrats: „Diese Praxis steht in einem eklatanten Widerspruch zu den Bestrebungen des Landes, den Kommunen und kreisfreien Städten im Zuge der Verwaltungsreform Kompetenzen und Handlungsspielräume zu übertragen. Wir appellieren an Ministerpräsident Gabriel, die Kommunen in dieser Frage nicht länger unter Druck zu setzen.“

